

Version 11.1.2023  
Dauer ca. 15 Minuten

*Geschätzte Damen und Herren*

Als ich in Ihrem Programm etwas überrascht gelesen habe, dass ich heute über das Verhältnis Schweiz-EU sprechen sollte, fiel mir der Titel eines Buches ein, das vor mehreren Jahren erschienen ist.

Der Titel lautet: «*Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?*»

Bis vor zwei Wochen war ich ja noch Justizministerin.

Offenbar haben Sie aber darauf spekuliert, dass ich dieses Jahr Aussenministerin sein werde.

Nun bin ich allerdings Finanzministerin – und das Europa-Dossier ist darum noch immer nicht meine Zuständigkeit!

Ich freue mich natürlich trotzdem, heute bei Ihnen zu sein! Und ich danke Ihnen herzlich für die Einladung ins (verschneite) Prättigau.

Ich möchte über zwei Punkte sprechen, die mir nicht nur als Finanzministerin, sondern auch als Bundesrätin am Herzen liegen.

Über finanzpolitische Verlässlichkeit. Und über die Freiheit.

Beides betrifft auch Sie als Gewerbetreibende, als Unternehmerinnen und Unternehmer sehr direkt.

Ich beginne mit einem Zitat.

Es geht so:

*«Wir müssen den festen Entschluss fassen, einzuhalten in diesem Jagen nach neuen Ausgaben, in diesem Sichhinreissenlassen und gegenseitigen Sichüberbieten, das sich jeweilen bei der Beratung des Budgets kundgibt und sich auch in den zahlreichen Postulaten äussert, von denen die Mehrzahl eine Vermehrung der Ausgaben in sich schliessen.»*

Zitatende.

Das Zitat stammt nicht von meinem Amtsvorgänger Ueli Maurer.

Der eindringliche Sparappell passt zwar gut in die heutige Zeit, er ist aber deutlich älter.

Um genau zu sein: Er ist 111 Jahre und drei Monate alt!

Er findet sich nämlich in der Botschaft des Bundesrats an das Parlament zum Voranschlag für das Jahr 1912.

Natürlich hat sich seither Vieles geändert – und vieles zum Guten.

Ich denke insbesondere an unseren leistungsstarken Wirtschaftsstandort mit seinen attraktiven Arbeitsplätzen, an unser hervorragendes Bildungssystem und an unsere gut ausgebauten Sozialwerke.

Das führt dazu, dass sogar das Niveau unserer Klagen im internationalen Vergleich beneidenswert hoch ist!

Andere Dinge aber ändern sich nie.

Dazu gehört die Ausgabenfreude der Politik.

Dazu gehört aber auch das Gebot einer soliden Finanzpolitik.

Und dieses Gebot gilt umso mehr in turbulenten Zeiten, wie wir sie heute erleben.

Das englische Magazin «Economist» bezeichnete unsere Zeit in einem Artikel treffend als «Ära der vorhersehbaren Unvorhersehbarkeit».

Wenn Gewissheiten sich relativieren und man gewappnet sein muss für Überraschungen, ist es wichtig, Verlässlichkeit zu schaffen. Sie ist gerade auch in der Finanzpolitik von unschätzbarem Wert.

*Geschätzte Anwesende*

Zwei Jahre Corona-Pandemie haben von der Bevölkerung und natürlich auch von Ihnen als Gewerbetreibende, als Unternehmerinnen und Unternehmer viel abverlangt. Der Staat leistete Unterstützung in einem gigantischen Ausmass.

Und kaum dachte man, man könne wieder etwas durchatmen, griff Russland die Ukraine an. Der Krieg ist zurück mitten in Europa. Millionen

Menschen sind auf der Flucht. Die Energiepreise explodierten. Auch das spüren Sie ganz direkt.

Die jüngsten Prognosen des Internationalen Währungsfonds IWF sind entsprechend düster.

Die wirtschaftlichen Zugpferde China und USA lahmen. Der IWF erwartet, dass Länder, die für einen Drittel der Weltwirtschaft stehen, einer Rezession entgegensehen.

Auch unsere unmittelbaren Nachbarn Italien und Deutschland könnte es treffen. Ich muss Ihnen nicht sagen, wie wichtig diese Absatzmärkte für uns sind.

Das sind keine guten Nachrichten – schon gar nicht für eine Finanzministerin!

Ich möchte den Teufel nicht an die Wand malen. Das Wachstum wird sich zwar auch in der Schweiz abschwächen. Unmittelbar droht ihr aber keine Rezession, die Inflation ist vergleichsweise tief und wir haben Vollbeschäftigung.

Es geht der Schweiz vergleichsweise also nach wie vor gut.

Dazu haben Sie viel beigetragen. Es ist aber auch das Resultat einer soliden Finanzpolitik.

Deren Bedeutung hatte der Bundesrat bereits 1912 erkannt. Ich sage es darum noch einmal mit seinen Worten in der Botschaft zum Budget von 1912 – ich zitiere:

*«Gute Finanzen sind für jedes Land die erste Bedingung für seinen Kredit und seine Stärke.»*

Zitatende.

Wir können uns aber nicht auf dem Erreichten ausruhen, wir müssen es ständig verteidigen.

Und ich bin sicher, der Bundesrat von 1912 würde mich beneiden, wenn er um das Instrument wüsste, das wir heute zur finanzpolitischen Disziplinierung in der Hand haben:

Die Schuldenbremse.

Sie wurde federführend von Finanzminister Kaspar Villiger geschaffen und feiert dieses Jahr ihren 20. Geburtstag.

Und es kann nicht schaden, heute nochmals daran zu erinnern, dass sie bei der Schweizer Stimmbevölkerung überaus beliebt war.

Sie wurde an der Urne nämlich mit überwältigenden 84,7 Prozent der Stimmen gutgeheissen! Das Stimmvolk setzte damit einen Schlussstrich unter die Schuldenwirtschaft der 90er Jahre.

Das Prinzip der Schuldenbremse ist so einfach wie klar: Die Höhe der Ausgaben ist an die Höhe der Einnahmen gebunden. Ein Budget von

Bundesrat und Parlament, das sich nicht an diese Regel hält, ist verfassungswidrig.

Der Mechanismus ist aber natürlich raffinierter. Er nimmt Rücksicht auf konjunkturelle Schwankungen und auf ausserordentliche Situationen.

Dank diesem Mechanismus blieb unser Haushalt in den vergangenen 20 Jahren stabil. Die Schweiz konnte über mehrere Jahre sogar Schulden abbauen.

«*Spare in der Zeit, so hast du in der Not*», sagt der Volksmund.

Er hat recht.

Die tiefe Staatsverschuldung war eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Bund während der Corona-Pandemie schnell reagieren und die Bevölkerung und die Wirtschaft grosszügig unterstützen konnte.

Aber obwohl sich die Schuldenbremse bewährt hat – gerade auch in der Krise –, gibt es wieder vermehrt Versuche, sie aufzuweichen.

Stattdessen gilt es, nach Corona auch in der Finanzpolitik wieder zur Normalität zurückkehren.

Wir müssen rund 30 Milliarden Schulden abbauen, die wir in nur zwei Jahren neu angehäuft haben.

Das bedeutet auch, dass wir uns bei den Ausgaben mässigen müssen.

Ganz generell werde ich mich als Finanzministerin dafür einsetzen:

- Dass der bewährte Mechanismus der Schuldenbremse eingehalten wird.
- Dass die Finanzpolitik des Bundes auch in Zukunft solide und verlässlich bleibt.
- Dass der Staat mit dem Geld, das Sie, als Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber gemeinsam mit Ihren Mitarbeitenden erwirtschaften, sorgsam umgeht.
- Und dass die Rahmenbedingungen so ausgestaltet sind, dass Sie gut wirtschaften können.

Es ist mir bewusst, dass ich nie allen Ansprüchen gerecht werden kann, auch meinen eigenen nicht.

Ich werde auch nicht mit der Brechstange hantieren. Es braucht den Dialog und Kompromisse.

Aber ich habe bereits im Dezember gesagt, dass ich bereit bin, die nötigen Auseinandersetzungen zu führen und Entscheide zu treffen, auch wenn diese schmerzhaft sein werden.

Kurz: Ich werde meine Verantwortung nach bestem Wissen und Gewissen wahrnehmen.

Im Gegenzug bitte ich Sie darum, weiterhin auch Ihren Teil beizutragen.

Ich nehme Sie nicht leichtfertig in die Pflicht. Ich mache es aus Überzeugung. Denn Freiheit und Verantwortung sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Gerade das Gewerbe wünscht sich oft weniger Regulierung und mehr Freiheit.

Als Liberale sage ich: Sie haben recht!

Setzen Sie sich zur Wehr gegen übertriebene Einschränkungen!

Ich sage aber auch: Übernehmen Sie die Verantwortung, die mit der Freiheit verbunden ist. Eigenverantwortung, aber auch Verantwortung gegenüber der Gesellschaft.

Dieser Grundsatz scheint in letzter Zeit ein bisschen in Vergessenheit geraten zu sein.

Verstehen Sie mich nicht falsch: In der Corona-Pandemie war es richtig und wichtig, dass der Bund der Wirtschaft geholfen hat.

Ich stelle aber fest, dass dieses schnelle und unbürokratische Handeln auch Begehrlichkeiten geweckt hat, die offenbar so rasch nicht wieder verschwinden.

Wer während der Corona-Zeit stark gelitten hat, hat auch gelernt, sich schnell zu organisieren. Und vor allem: Sich schnell Gehör zu verschaffen.

Es besteht die Gefahr, dass diese Anspruchshaltung gegenüber dem Staat allzu bequem geworden ist.

Ich glaube, ich habe klar genug gemacht, dass höchst anspruchsvolle Jahre auf uns zukommen werden.

Als Finanzministerin sage ich Ihnen: Der Spielraum ist klein.

Und ich erachte es auch nicht als die Aufgabe des Staates, der Wirtschaft bei der kleinsten Eintrübung unter die Arme zu greifen.

Die Aufgabe eines liberalen Staats ist es, den Raum zu schaffen, in dem sich alle möglichst frei entfalten können und diese Freiheit zugleich mit Regeln zu schützen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle noch ein paar Bemerkungen zum Föderalismus, bevor ich zum Schluss komme.

Denn auch der Föderalismus gehört zu einem liberalen Staatsverständnis. Er beschränkt die Macht des Zentralstaats und sorgt dafür, dass die Regeln nah am Bürger und an der Bürgerin bestimmt werden. Damit fördert er den sorgsamen Umgang mit Steuergeldern und er ermöglicht innovative Lösungen.

Der Föderalismus wurde 2008 mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen – der so genannten NFA – letztmals reformiert.

Der Finanzausgleich ist bekanntlich ein politischer Dauerbrenner – vor allem in den Geberkantonen. Der zweite Teil dieser wichtigen Reform, die Aufgabenteilung, gerät hingegen gerne etwas in Vergessenheit.

Es geht hier darum, die Kompetenzen und damit auch die Finanzierungsverantwortung zwischen Bund und Kantonen möglichst klar zuzuteilen.

Eine klare Kompetenzordnung und die Beachtung der Subsidiarität ist zentral für einen funktionierenden Föderalismus.

Ich freue mich darum, dass Bund und Kantone beschlossen haben, diese Aufgabenteilung zu überprüfen. Das ist kein einfaches Projekt und es kam dann auch etwas ins Stottern. Aber es ist nach wie vor auf dem Tisch.

Und ich werde es nicht vergessen. Denn ich bin überzeugt, dass diese Überprüfung 15 Jahre nach Inkrafttreten der NFA nötig ist.

Es gilt nämlich, gewissen Zentralisierungstendenzen, die ich in den letzten vier Jahren als Bundesrätin und Justizministerin beobachten konnte, entgegenzuwirken.

Das bedingt natürlich, dass die Kantone ihre Autonomie nicht nur reklamieren, sondern auch die damit verbundene Verantwortung übernehmen, auch die finanzielle.

Ich werde mich jedenfalls – zusammen mit den Kantonen – weiterhin für unser föderalistisches Staatswesen einsetzen.

*Geschätzte Damen und Herren,*

Der Gewerbeverband, Sie als Unternehmerinnen und Unternehmen, haben schon früher bewiesen, dass Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sind. Auch Ihren Mitarbeitenden gegenüber.

Nehmen Sie diese Verantwortung auch in Zukunft wahr.

Verlangen Sie nicht nur nach Freiheit, leben Sie sie auch!

Sie sind – zusammen mit den international tätigen Unternehmen – Garanten für attraktive Arbeitsplätze, für gute Löhne und damit für unseren Wohlstand.

Arbeiten wir gemeinsam daran, dass das auch so bleibt.

Wir stehen am Anfang eines neuen Jahrs. Das alte Jahr hat in Europa viel Leid gebracht und vermeintliche Gewissheiten aufgebrochen.

Auch das neue Jahr bringt zahlreiche Herausforderungen. Es ist aber auch das Jahr, in dem wir 175 Jahre Bundesverfassung feiern können. So alt ist das institutionelle Fundament unserer modernen Schweiz.

Das ist ein Grund zur Zuversicht! Und daraus lässt sich auch der nötige Mut und die Kraft schöpfen, um die weiteren Herausforderungen zu meistern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehe auch gerne noch für Fragen zur Verfügung.